

Rieser Tageblatt



Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Hauptstr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Dresden 1880,
Groschauer,
Riesa Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Nr. 24.

Dienstag, 29. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Monats von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Abnahme und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr nachmittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Rundschrift-Zeile 6 Pfennig; 1/2 Zoll-Sperrzeile 10 Pfennig; 1/3 Zoll-Sperrzeile 100 Pfennig; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Nachdruck, wenn der Betrag ver付t, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Redaktions- und Verlagsbüro: Riesa. Verantwortliche Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa. Druckerei: Riesa. Verleger: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 28. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa. Druckerei: Rieger & Winterlich, Riesa. Verleger: Rieger & Winterlich, Riesa.

Rede des Reichsministers Koch.

(Berlin. Der Reichsjustizminister Koch führte am dem Deutschen Demokratischen Parteitag des Wahlkreises Berlin in einem Rückblick auf die letzten 10 Jahre u. a. aus:

Bei allen Enttäuschungen über den langsamen Fortgang der europäischen Verständigung liegt kein Grund vor, die Brückens- oder Zwischenschritte zu schmälern. Deutschland wird bei den bevorstehenden Verhandlungen nach besten Kräften mitarbeiten. Nur soll man einsehen, daß es Grenzen für die deutsche Leistungsfähigkeit gibt. Die sollte die Industrie eines vom Kriege erschöpften und ausgedehnten Landes wie Deutschland bereits nach kurzer Zeit viel mehr leisten können, als der eigenen Bevölkerung eine erträgliche Lebenslage zu schaffen, die sie wieder arbeitsfähig macht? Der gegenwärtige Haushaltsplan ergibt unsere ungeheure Belastung. Es ist erwünscht, daß man versucht, die im Jahre bereits wesentlich herabgedrückten Ausgaben noch weiter zu vermindern. Man darf aber nicht vergessen, daß in diesem Etat von 10 Milliarden Mark der weitaus größte Teil in leistungsfähigen Ausgaben, wie Kriegskosten oder Kriegentschädigungen, aber in Überweisungen an die Länder und Gemeinden besteht. Die nicht willkürlich herabgesetzt werden können. Das Steuervereinfachungsgesetz gibt erst Klarheit über die Euerbelastung. Es erscheint unverständlich, weswegen ausgerechnet die Wirtschaftspartei sich auf ihrem getragenen Parteitag gegen dieses Gesetz gemeldet hat. Auf manchen Gebieten, wie dem der Justiz, ist eine Vereinfachung notwendig, wenn wir überhaupt zu großen Reformen kommen wollen. Wenn aber ein einzelnes Land die Vereinfachung nicht mitmachen will, so mag man es solange herauslassen, bis die bessere Einsicht siegt hat. Aber einen Versuch auf die Reichsreform, von der unsere staatl. und wirtschaftliche Existenz abhängt, ist um eines einzelnen Landes willen unmöglich. Im ganzen scheint mir, als wenn die Arbeiten der Länderkonferenz einen besseren Fortgang nehmen werden, als die Deffektivität heute noch glaubt.

Der Minister ging auch auf die Justizreform ein. Er betonte die Notwendigkeit, das Strafrecht den heutigen Anschauungen anzupassen, und behauptet, daß manche Schichten den ungeheuren Fortschritt dieses Gesetzentwurfes noch nicht übersehen. Ein Gesetz wegen der handberrlichen Renten ist nach Zurückziehung der unzureichenden Vorlage des früheren Justizministers Herget im Reichstag eingebracht. Die Ehegesundheitsreform wird in den nächsten Wochen im Rechtsausschuss in Angriff genommen werden. Eine Neuerung des ehelichen Güterrechts muß ihr unbedingt folgen. Ebenso wird sich der Rechtsausschuss in den nächsten Wochen mit dem Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder befassen. Die Arbeiten wegen Vereinfachung der Vorbildung der Juristen werden ausschließlich in einer Kommission fortgeführt. Ein Gesetzentwurf wegen der Freizügigkeit der Anwälte wird sich anschließen.

In den Fragen der Koalitionsbildung übergehend, verlangt Minister Koch ein Zusammengehen der in der Regierung zusammenschließenden Parteien in den kommenden großen Fragen der Ausbalanzierung der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltes, in der Frage der Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden, der Steuererhöhung, des Steuervereinfachungsgesetzes und des Finanzvergleiches. Die Hauptfrage ist, daß die Parteien, ob in lockerer oder fester Koalition, sich klar machen, daß der Staat ein Beharren auf Parteizwischen und Parteizwischen nicht verträgt, wo ein Allgemeininteresse ein Zusammenhalten der Nation und eine gemeinsame Front verlangt. Die Deutsche Demokratische Partei hat immer in diesem Sinne gearbeitet und wird es auch in Zukunft tun.

Das Amt des Reichsjustizministers, das ich feierlich angetreten habe, aber gern hätte, steht zur Verfügung, sobald über die Fortführung der von mir eingeleiteten Reformen eine Verständigung erfolgt ist. Nur lehne ich es ab, das Amt längere Zeit auf freiwilligen Abruf zu behalten, weil das seinem und meinem Ansehen schadet. Alles, was an der Aufrechterhaltung unserer Verfassung und damit an Ordnung und Freiheit Interesse hat, muß sich sammeln gegenüber der Gefahr eines Generalangriffes gegen die Republik, die heute noch einmal zu drohen scheint.

Die Deutsche Demokratische Partei mag klein oder groß sein, sie wird in diesem Kampfe ihren Mann stehen wie bisher.

Der Vorklaut des deutsch-russischen

Schlichtungsabkommens veröffentlicht.

(Berlin. (Tel.) Das am 28. Januar in Moskau geschlossene Abkommen über ein Schlichtungsverfahren zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken wird nunmehr amtlich im Vorklaut bekannt gegeben. Das Abkommen stellt vor, daß Streitigkeiten jeder Art, insbesondere Meinungsverschiedenheiten, die bei der Auslegung der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen bestehenden amfseitigen Verträge und der zu ihrer Erläuterung und Ausführung ergangenen oder ergreifenden Vereinbarungen entstehen, falls ihre Regelung auf diplomatischem Wege auf Schwierigkeiten stößt, gemäß den Bestimmungen des Abkommens, einem Schlichtungsverfahren unterworfen werden sollen. An diesem Zweck soll mit-

Die große Rundgebung der deutschen Landwirtschaft.

vd. Berlin. Unter lebhafter Beteiligung aus dem ganzen Reich veranstaltete, wie bereits geftern kurz berichtet, der Reichslandbund am Montag seine 2. Jahresagung in zwei Part 5. nachst. Verammlungen im Großen Schauspielhaus und im Zirkus Busch zu Berlin.
Am Sonntag war eine Vertreterversammlung vorausgegangen, in der mehrere Resolutionen Annahme gefunden hatten. Darin wird die unmittelbare Belastung der Landwirtschaft zurzeit mit 2250 bis 2350 Millionen RM. angegeben und betont, die Landwirtschaft lege insgesamt jährlich bei ihrem Betriebe 1500—1600 Millionen RM. an. Es gelte daher, die Einnahmeseite in der Landwirtschaft schnell und durchgreifend zu heben. Wirksame Zollpolitik und hierdurch erst mögliche zentrale Marktregulierung seien die entscheidende Forderung. Angesichts des Gesamtbedarfs der Landwirtschaft müßten Steuer-Erhöhungen jedweder Art grundsätzl. abgelehnt werden und im Gegenteil eine neue Umlastung der Landwirtschaft gefordert werden. Der Bericht des Reparationsagenten wird als den tatsächlichen Lebensverhältnissen des Deutschen Volkes keineswegs gerecht urteilt. Die verantwortlichen deutschen Stellen hätten nicht das Erforderliche zur Aufklärung der wirklichen Lage der deutschen Wirtschaft getan.
In den großen öffentlichen Versammlungen, die durch Januars-Wut und den Einmarsch der Fahnenabteilung der Junglandbünde eingeleitet wurden, wurde an den Reichspräsidenten v. Hindenburg ein Begrüßungstelegramm abgefaßt. Unter den Gästen sah man zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- u. Kommunalbehörden, sowie befreundete Organisationen und Verbände. Stark begrüßt wurden die Vertreter aus Danzig, Oesterreich und den sudeten-deutschen Ländern.
Im Großen Schauspielhaus nahm zuerst der Präsident des Reichslandbundes,

Reichsminister a. D. Dr. Schiele,
das Wort. Er wandte sich einleitend an die Bundesmitglieder und forderte sie auf, fest und treu und weiterhin in der Kampf- und Abwehrfront des Volkswalles zu stehen. Vor zehn Jahren seien die ersten Landbünde gegründet worden, aus denen dann der stolze Bau des Reichslandbundes entstanden sei. Schiele gedachte dann der Männer, die der Landvolkbewegung das persönliche Gepräge gegeben haben: Roske und Wangenheim. Zur Lage der Landwirtschaft erklärte er, daß vor fünf Jahren die Landwirtschaft noch nahezu unerschuldet stand. Heute hat sie über acht Milliarden neu aufgenommenen Schulden. Das Tragische dabei ist, daß in den letzten Jahren der gute Ernte die relativ größten Schuldenablagerungen zu verzeichnen sind. Das flache Bild für unsere Verluste bietet die sogenannte Preisföhre. Während der Index der Industrieprodukte 100 beträgt, stehen die Agrarpreise bei 111. Die Preise der Agrarpreise liegt also um über ein Fünftel unter dem der Industrie. Die Folge dieser Entwidlung muß ein rasches Weitersteigen der Beschuldung sein. Sie ist der von der Freundesliste vorgeschlagenen Auffangorganisation für Güter zuwendend, erklärte Schiele: Ich warne vor derartigen Plänen. Sie sind die Ausnutzung der Not und stehen deshalb nicht auf dem Boden des Rechts.

Wir müssen fordern, daß der in der Landwirtschaft angeschuldete Schaden, der jähzähföhren ist auf eine antihäuerliche Wirtschaftspolitik und der Millionen von Bauern in ihrem Besitz geföhret, durch Deckungsmaßnahmen wieder gutgemacht wird.
Wo aber ist der Ausweg aus dieser Not. Die Inflation der Landwirtschaft beträgt gegenwärtig etwa 1100 Millionen Mark. Die Konsolidierung der bestehenden Schuldverhältnisse ist dringende Forderung. Aber auch von einer sofort durchgeföhrtten Umschuldungaktion darf man sich nicht eine beschleunigte Wirkung für die Besserung der Rentabilitätsberechnung versprechen. Die Möglichkeit zu einer schnellen und wirksamen Hilfe liegt auf dem Gebiete der Preisbildung, bei der Beeinflussung des Marktes, bei der Handels- und Zollpolitik und bei der Absatzregulierung. Erbes Erfordernis ist die Profisierung der überflüssigen Lebensmittelzufuhr.

Die Maßnahmen der Zollpolitik müssen ergänzt werden durch organisierte Maßnahmen auf dem Gebiete der Absatzregulierung. Wir müssen dabei zur Standardisierung und Herstellung von großhandelsfähigen Produkten kommen, und bis dahin muß durch zentrale Marktregulierung unter Dfstellung des Staates der Desorganisation des Marktes entgegengetreten werden. Damit rede ich keineswegs irgendeinem staatlichen Monopolgedanken das Wort. Der Redner stie dann

(starke Anteil an dem Reparationsbericht Silberts.
In die angesprochene Notlage von über 14 Millionen in der Landwirtschaft tätigen Personen, ist das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die schon heute zwei Millionen Hauptunterstützungsempfänger, im ganzen über Millionen Menschen umfaßt, das Kennzeichen einer Krise? Wir haben ein großes Defizit im Volkshaushalt. Die gesamten Einnah-

men unserer Volkswirtschaft reichen nicht mehr aus, um die importierten Nahrungsmittel und die Rohstoffe für die Industrie zu bezahlen. Ausfluß dieser verberblichen Entwicklung ist auch der erschreckende Geburtenrückgang. Welche Beseitigungspolitik beginnt mit der Nahrungsfreiheit. Ohne diese ist alle Außenpolitik ohnmächtig. In vollem Bewußtsein meiner Worte spreche ich es aus: Deutschland hat seit 10 Jahren von der Ernährung gelebt. Wir haben seit zehn Jahren mehr verzehrt, als wir aus eigener Kraft produzieren haben. Das Defizit ist gedeckt worden durch die Aufnahme der Sparkapitalien während der Inflationszeit und seither durch die Aufnahme ausländischer Kredite. Die jetzt eingeleiteten Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes dürfen nicht ohne mitemischenden Einfluß der Landwirtschaft geföhrt und zum Abschluß gebracht werden.

Deutschlands Sachverhältnisse dürfen aus einer Revision zustimmen, die Deutschland aus eigener Kraft ohne Schädigung seines Lebenshandwerks anbringen kann. Andersgearteten Erfüllungsforderungen haben sich die Sachverhältnisse zu widersetzen. Die gesamte Nation würde hinter einem solchen erlösenden Nein stehen.
Wir brauchen ferner das große Styrprogramm. Das ist keine rein agrarische Angelegenheit, keine Sache des Offens allein. Das ist Lebens- und Existenzfrage für das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten. In dieser Beurteilung des Problems bilden wir mit besonderer Sorge auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen. Bekanntlich folgt dem polnischen Schwein der polnische Ziebel. Mit der Schweinehaltung ist der Roggen- und Kartoffelanbau im Osten unloslich verbunden. Wir haben mit uns zu tun, mit dem Absatz unserer eigenen Schweineproduktion. Deshalb ist unerläßliche Forderung: kein polnisches Schwein darf auf den deutschen Markt drücken. Wohl wissen wir, schloß Schiele, daß sich im heutigen parlamentarischen System eine Politik auf lange Sicht nicht durchsetzen läßt, aber der Kampf gegen das heutige System darf nicht zum Kampfe gegen den Staat schlechthin führen. Nicht Staatsverneinung, nicht resigniertes Absichtslossein kann uns helfen.

Im Zirkus Busch sprach der dritte Präsident des Reichslandbundes Dähge die Eröffnungsworte. Er verlangte, daß Regierung, Genossenschaftler, Kammern und Berufsverbände sich so schnell wie möglich an einen Tisch setzen, um gemeinschaftlich das Absatzproblem zu lösen. Wenn der Landwirtschaft jetzt nicht in genügender Weise an ihrem Rechte verholten werde, müsse man die Verantwortung für die unabwendbar eintretende Katastrophe ablehnen.
Der Vorsitzende des Landwirtschaftsverbandes Dyrpach, Rittergutsbesitzer Gerken, betonte, daß die ostpreussische Landwirtschaft mitten im Existenzkampf sei. Im Kreise Wartgrabowa zum Beispiel seien seit 1924 bis Ende 1928 255 Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe vorgekommen. Ostpreussische Großgrundbesitzer sollten nach Kuperungen preussischer Regierungsmänner aus politischen Gründen abgewürgt werden. Die Denkschrift der Preussenschleife sei eine schändliche Irreföhrtung der Deffektivität.

Der stellvertretende Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes, Landtagsabgeordneter Ganger meinte, wenn die jetzt schon sehr niedergedrückte Stimmung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur hoffnungslosen Verzweiflung werde, könne die Bewegung der Bauernmassen zu einer Gefahr für den ganzen Staat werden. Dann würden die verzweifelt Bauern nicht mehr auf ihre berufenen Führer hören, sondern auf jene Katastrophen-Politiker, die sie aufzuredern, den ganzen Staat kaputt zu schlagen. Zwar habe der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger offenbar den besten Willen zur Hilfe, doch müsse man abwarten, wie er sich im preussischen Gesamtkabinett durchsetzen werde. Auch dieser Redner schloß mit der Mahnung an die Bauern: Hinein in den Staat!

Außerdem sprachen noch der Vorsitzende des Brandenburgischen Junglandbundes Brühlmann, der die Ziele der Jugendbewegung im Landbund darlegte, und der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes Nicolai. Letzterer meinte u. a., die Demokratie wolle die Bauern an Gelenken machen und versuche zu diesem Zwecke, die heutige Führerschaft der Landwirte zu vernichten.

Der Reichspräsident an die Reichslandbundtagung.

(Berlin. Auf das von der Reichslandbundtagung an den Reichspräsidenten abgefaßte Telegramm hat der Reichspräsident folgende Antwort geföhrt:
Den zum 2. Reichslandbundtag verammelten deutschen Landwirten danke ich für das freundliche Gedenken. Ich erwidre die Grüße mit dem Wunsche, daß die diesjährige Tagung der deutschen Landwirtschaft in ihrer großen Notlage Stärkung und Hilfe bringen möge.
von Hindenburg, Reichspräsident."

kommission hat die Aufgabe, den beiden Regierungen eine gerechte und für beide Teile befriedigende Lösung der ihr vorgelegten Fragen vorzuschlagen. Erforderlichenfalls sind außerordentliche Tagungen der Schlichtungskommission vorzusehen. Das Abkommen ist für drei Jahre geschlossen.